

61. Sitzung

Mittwoch, den 20.06.2007

Erfurt, Plenarsaal

Bericht zur Zukunft des Landes

6188

Antrag der Fraktionen der Links-
partei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/3095 -

Der Antrag wird abgelehnt.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Rose, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauche, Tasch, Trautvetter, Walsmann, Wehner, Wetzel, Worm, Dr. Zeh

Fraktion der Linkspartei.PDS:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Döllstedt, Enders, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hauboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Nothnagel, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Becker, Doht, Döring, Eckardt, Gentzel, Höhn, Künast, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Prof. Dr. Goebel, Reinholz, Schliemann, Dr. Sklenar, Trautvetter, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	6188, 6189, 6196, 6201, 6202, 6203, 6204, 6205
Hausold (Die Linkspartei.PDS)	6189
Lieberknecht (CDU)	6201, 6202, 6203, 6204
Matschie (SPD)	6196
Nothnagel (Die Linkspartei.PDS)	6202, 6203
Althaus, Ministerpräsident	6188

Die Sitzung wird um 16.00 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich begrüße Sie zu unserer heutigen Sondersitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße ebenso unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in Drucksache 4/3096 vor.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Wolf und die Rednerliste führt Herr Abgeordneter Eckardt.

Für die heutige Sitzung hat sich entschuldigt Frau Abgeordnete Ehrlich-Strathausen. Ich möchte ihr von dieser Stelle aus recht herzlich gratulieren zur Geburt ihres Sohnes Peter. Wir wünschen der Mutter und dem Kind alles Gute, ein gutes Gedeihen für den kleinen Peter.

(Beifall im Hause)

Ihnen liegt die Tagesordnung für die heutige Sitzung vor. Wird der Tagesordnung widersprochen? Es liegt kein Widerspruch gegen die Tagesordnung vor.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts** unserer heutigen Sondersitzung

Bericht zur Zukunft des Landes

Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD
- Drucksache 4/3095 -

Wünscht jemand der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD das Wort zur Begründung? Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Ministerpräsidenten Dieter Althaus das Wort.

Althaus, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gehört zu der parlamentarischen Praxis und zu dem Recht der Fraktionen, Sondersitzungen zu beantragen, so natürlich auch gleiches Recht für Linksfraktion und SPD. Gleichwohl fehlt mir für das Verhalten der Opposition, für diese ebenso überstürzte wie überflüssige Sondersitzung, für diese ausgeprägte Ungeduld der beiden Fraktionen jegliches

Verständnis.

(Beifall bei der CDU)

Sorgfalt geht vor Schnelligkeit, also haben Sie bitte noch ein wenig Geduld und Verständnis, dass ich bei dem von mir bereits angekündigten Terminplan selbstverständlich bleibe. Am 12. Juli, also schon gut in drei Wochen, werden der Doppelhaushalt 2008/2009, das Haushaltsbegleitgesetz sowie das Finanzausgleichsgesetz in den Landtag eingebracht und dann werde ich auch die von Ihnen erwartete Regierungserklärung halten.

Die Regierungserklärung bilanziert dann die Reformprojekte, die wir seit 2004 erfolgreich auf den Weg gebracht und bereits umgesetzt haben. Darüber hinaus werde ich auch den Fahrplan für die Zeit bis 2009 erläutern. Im Anschluss an die Regierungserklärung haben Sie selbstverständlich ausgiebig Gelegenheit, darüber zu debattieren. Damit aber klar ist, dass wir in keiner Weise die Aufgaben, die wir uns vorgenommen haben, bisher nicht erfüllt haben, sondern im Gegenteil eine exzellente Leistungsbilanz vorliegt, will ich einige kurze Stichworte nur cursorisch aufzählen.

Wir haben die Familienoffensive umgesetzt, wir haben die Behördenstrukturreform auf den Weg gebracht und haben dabei im Besonderen die Standortveränderungen schon umgesetzt.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Wir haben die Straffung der Landesbehörden mit mehr Effizienz und Bürgernähe zum Anlass genommen, um gleichzeitig transparente Strukturen zu bilden und wir haben auch die Aufgaben der Landesgesellschaften gebündelt. Wir haben, so wie zu Beginn der Legislaturperiode versprochen, nachvollziehbare und verträgliche Kommunalabgaben; auf dieser Ebene ist Ruhe. Wir haben auch die angekündigten abzubauenen Personalstellen selbstverständlich in den Haushalten ausgewiesen und werden jetzt mit dem Doppelhaushalt die letzte Rate der Personalstellen entsprechend ausweisen. Wir sind derzeit in den letzten Beratungen zum Kommunalen Finanzausgleich und werden ihn nächste Woche im Kabinett verabschieden. Wir haben bei den Theatern und Orchestern in den nächsten Tagen noch einige Gespräche, dann ist auch das spätestens zur Beratung des Doppelhaushalts abgeschlossen und wir liegen damit bei einer Kulturquote, wie sie die CDU-Fraktion immer für notwendig erachtet hat, von 1,3 Prozent und

(Beifall bei der CDU)

wir haben in den letzten Monaten des Jahres 2006 die Wirtschaftsförderung neu ausgerichtet und sind in diesen Monaten dabei, abschließend die Technologieförderung neu auszurichten. Das Gesetz zur weiteren Strukturierung der Thüringer Polizei, OP-TOPOL, ist im Landtag zur Beratung und wir haben vor wenigen Tagen das Projektpaket „Innere Sicherheit“ gleichzeitig mit der Festlegung, in jedem Jahr, auch in den nächsten Jahren 120 neue Einstellungen in die Thüringer Polizei vorzunehmen, weil wir wissen, wie wichtig innere Sicherheit ist und wie gut unsere Thüringer Polizei arbeitet, das wissen Sie auch. Deshalb ist es richtig, dass dieser erfolgreiche Weg fortgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden einen Doppelhaushalt vorlegen, bei dem in den Jahren 2008 und 2009 keine Nettoneuverschuldung mehr vorgenommen wird, so dass auch mit dem Schuldenabbau ab dem Jahr 2010 begonnen werden kann, wenn die Konjunktur in Deutschland und damit auch in Thüringen sich so weiterentwickelt wie derzeit von den Wirtschaftsinstituten prognostiziert wird. Wir haben eine „Zukunftsinitiative Exzellentes Thüringen“ vorbesprochen, wo wir Hochschulpakt, Forschungseinrichtungen, Technologieförderung miteinander verbinden. Wir werden zusätzlich Geld investieren, um diese wichtigen Bereiche mit der mittelständischen Wirtschaft noch weiter voranzubringen. Wir haben auch die Neuregelung der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft, so wie vom Gesetz vorgeschlagen, auf den Weg gebracht. Wir haben eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet, die infolge der Föderalismus-1-Reform notwendig waren. Wenn wir dann Mitte Juli den Doppelhaushalt einbringen, das Finanzausgleichsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz in einer ganzen Reihe von Gesetzen, die unter anderem die Kommunalisierungen regeln, dann wird der zweite wesentliche Schritt in dieser Legislaturperiode Gesetz sein und damit wird erneut deutlich, dass die Regierung wichtige Reformprojekte definiert, anpackt und auch umsetzt. Das wird der Leistungsfähigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit Thüringens weiter positive Impulse geben.

(Beifall bei der CDU)

Dass dies in der Praxis so ist und scheinbar nur bei Ihnen nicht angekommen ist, brauchen Sie nur tagtäglich den Zeitungsmeldungen zu entnehmen.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Wir haben bei der Arbeitsmarktentwicklung eine hervorragende Platzierung innerhalb der jungen Länder. Wir haben beim Bruttoinlandsprodukt derzeit eine Prognose bis zum Jahr 2010 von 9 Prozent Wach-

tum - im Übrigen noch vor Sachsen -, so gerade vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle prognostiziert. Wir haben bei der Technologieentwicklung und bei der Ansiedlungsentwicklung besondere Erfolge. Ich will nur aufzählen aus den Eröffnungen und aus den Grundsteinlegungen der letzten Wochen und Monate: N3 und Gonvauto bei Arnstadt, ein spanischer Investor, Horsch bei Ronneburg, Ersol hier in der Nachbarschaft bei Arnstadt, Klemme in Nordhausen, Mc Airlid im Eichsfeld, Sandwig in Wernshausen, Kerntechnik in Schleusingen, Schott Solar in Jena und Emitec am Kindel. Wir haben auch wichtige Entscheidungen gefällt, die für die nächsten Jahre für die Kultur von besonderer Bedeutung sind, nicht nur dass der Theater- und Orchesterbereich erfolgreich verhandelt und in den nächsten Tagen auch abgeschlossen wird, sondern wir haben auch entschieden, dass die Ausstellung 2009 „Natur im Städtebau“ in Bad Langensalza stattfindet und der Thüringentag 2009 in Greiz. Das zeigt, dass neben den festen Projekten „Bauhausjahr 2009“ auch diese konkreten Projekte aus der Tradition heraus umgesetzt werden. Ich denke, die wenigen Stichworte machen deutlich, dass Sie entweder blind sind, nicht wahrnehmen wollen oder boshaft sind - egal mit welcher Motivation Sie eine solche Sondersitzung beantragen. Ich habe keine Lust, im Detail auf Ihre Fragen einzugehen, weil die Regierungserklärung angekündigt ist und ich werde sie auch entsprechend halten.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Hausold, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Hausold, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren, werte Gäste, Herr Ministerpräsident, dass Sie nicht auf Details eingehen können, kann ich ein Stück weit verstehen, weil ich glaube, mit den Details ist es nicht so weit her.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie haben gesagt, Sorgfalt geht vor Schnelligkeit, aber ich muss Ihnen sagen, aus meiner Sicht gehen bei Ihrer Politik noch nicht mal Langsamkeit und Sorgfältigkeit zusammen. Es gehen Langsamkeit und Unseriosität zusammen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das ist kein Zustand, den man in diesem Land weiter einfach so hinnehmen kann. Es ist vor allen Dingen ein Zustand, mit dem sich der Gesetzgeber

dieses Landes - nämlich unser Hohes Haus - gründlich befassen muss. Selbst wenn ich Ihre Bemerkung aus der Zeitung ernst nehme - ich zitiere mit Erlaubnis aus der TA vom 20.06. -, selbst dort steht: „Die Landesregierung hat viele ihrer Pläne erfüllt und viele nur halb oder gar nicht; mindestens gemischte Bilanz.“ Also Ihre Erfolgsstory, die Sie hier uns noch mal mit Verweis auf die Presse darbieten wollten im Großen und Ganzen, die trifft ja noch nicht mal in der Presse zu, Herr Ministerpräsident. Die müssen Sie schon genauer lesen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Dann gab es natürlich einen recht aktuellen Anlass, der unsere Fraktion letztlich dazu bewogen hat, diese Sondersitzung einzuberufen. Das waren die Auseinandersetzungen um den Kommunalen Finanzausgleich. Ich muss auch mal sagen, man kann das nicht schönreden; denn das, was Sie hier angeboten haben, hat letzten Endes in einer regelrechten Revolte auch Ihrer eigenen Parteifreunde in den Kreisen und Gemeinden gegen die Regierungspolitik seinen Widerhall gefunden. Das kann man doch nicht schönreden und nicht hinnehmen, meine Damen und Herren.

Weil ich dabei bin, dann will ich in Sachen Kommunalen Finanzausgleich - das wird uns ja die nächsten Tage noch beschäftigen - hier schon mal deutlich sagen: Es geht dabei nicht um irgendeine Frage der Landespolitik, um irgendeine Art und Weise der Verwendung von Mitteln und Verteilung von Mitteln so oder so, sondern es geht, meine Damen und Herren, um eine Aufgabe von Verfassungsrang. Dieser Verfassungsrang sagt letztlich, es geht um gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen in diesem Land Thüringen unter unterschiedlichen territorialen Voraussetzungen. Das ist die Pflicht, die die Landesregierung zuerst zu beachten hat. Ich sage, Sie tun das einfach nicht. Es geht auch um die Fragen: Bleibt unseren Städten und Gemeinden - schon oft erörtert - noch eine Möglichkeit zur kommunalen Selbstverwaltung? Bleibt noch die Möglichkeit von Eigeninitiative und Entscheidung? Was Sie vorgelegt haben mit diesem Finanzausgleichsgesetz, sagt das genau nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das ist eine zuhöchst demokratische Frage in dieser Gesellschaft. Sie stellen mit Ihrer Politik demokratische und verfassungsrechtliche Grundprinzipien dieses Landes von den Füßen auf den Kopf. Das muss thematisiert werden in diesem Haus und in dieser Aussprache.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Mein Vorgänger Bodo Ramelow hat bekanntermaßen, Herr Althaus, auf Ihre Regierungserklärung aus dem Jahre 2004 geantwortet.

(Unruhe bei der CDU)

Ja, ja, das können Sie doch mit sich ausmachen, Herr Fiedler. Ich weiß ja auch, Sie wären gern Innenminister, aber Sie können es wohl nicht werden.

(Unruhe bei der CDU)

Noch nicht mal in Ihrer eigenen Partei scheint es dafür eine Mehrheit und Voraussetzung zu geben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das lassen Sie uns mal miteinander debattieren.

(Glocke der Präsidentin)

(Unruhe bei der CDU)

Worauf ich hinaus wollte, Bodo Ramelow hat damals gesagt, dieser Landesregierung fehlt ein Plan, ein Masterplan für Thüringen. Er hat damals - man höre und staune - gesagt: Die Besetzung 2004 mit Staatssekretären kommt einem Würfelspiel gleich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Erinnere ich mich jetzt falsch oder hatten wir das erst vor Kurzem wieder, meine Damen und Herren, bei den Änderungen, die Sie vorgenommen haben? Ich zitiere noch mal: „Mit dem plan- und wahllosen Streichen und Zusammenlegen von Ämtern hinterlässt die Regierung wahrscheinlich eine Spur der Verwüstung im Land.“

(Unruhe bei der CDU)

Herr Ramelow charakterisierte diese Regierungserklärung - ja, von wegen Kaliber - mit den Worten: „mutlos, kraftlos und planlos“, meine Damen und Herren,

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Klaubert, Die Linkspartei.PDS: Und seit heute lustlos.)

und seit heute lustlos. Fast drei Jahre später, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss man konstatieren, dass man, und so ist die Lage im Land, weitere drei Merkmale hinzufügen kann und muss, um das zu benennen, was Realität geworden ist:

Ahnungslosigkeit, Konzeptionslosigkeit und Gewissenlosigkeit in der Politik, und das kritisieren wir.

(Beifall bei der Linkspartei. PDS)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das müssen solche sagen, die am 17. Juni ...)

Warum ahnungslos? Weil der Realitätsverlust so enorm ist, dass Sie nicht mehr wissen, was in diesem Land geschieht, was die Thüringer Bürgerinnen und Bürger tatsächlich bewegt, meine Damen und Herren, und wo Lösungen notwendig sind.

Konzeptionslos, weil diese Regierung nur dann auf Probleme reagiert, wenn es aufgrund des Gegenwindes gar nicht mehr anders geht. Was dem Stochern im Nebel dann schließlich folgt, ist logischerweise nur Flickschusterei.

(Beifall bei der Linkspartei. PDS)

Wir werden an einigen Punkten darauf noch zurückkommen.

Aber auch, meine Damen und Herren, vor allen Dingen gewissenlos, weil Ihre Politik an den Menschen vorbeigeht,

(Glocke der Präsidentin)

weil Sie sich über die Interessenbedürfnisse und Nöte der Bürgerinnen und Bürger einfach hinwegsetzen und weil - das muss man auch mittlerweile sagen und dafür steht dieses Land auch außerhalb seiner Grenzen - die Versorgung der eigenen Parteiklientel und das Vertuschen der Vetternwirtschaft Vorrang hat, meine Damen und Herren. Diesen Eindruck habe ich ganz deutlich.

(Beifall bei der Linkspartei. PDS)

Aber abgesehen von Ihrem Bild dieses Landes, wie stellt sich denn die Situation seit 2004, die Entwicklung in der Tat dar? Wir alle wissen, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik, Schaffung von Arbeitsplätzen, umgedreht gesprochen natürlich, die hohe Arbeitslosigkeit sind ein erstes und zentrales Bedürfnis der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Aber - und das lässt sich auch nicht mit den Aufschwungzahlen des Jahres 2007 einfach so kaschieren, meine Damen und Herren, zumal ich da noch mal sagen muss, ich habe verschiedentlich Zahlen gesehen, wo die Reduzierung der Arbeitslosigkeit - und das sollten Sie sich mal genauer anschauen, Herr Althaus und die Damen und Herren der Landesregierung - dort, wo die Arbeitslosigkeit bei uns signifikant sinkt, steigen in gleichem Maße die Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV fast zahlen-

gleich. Was wir im Augenblick unter Rückgang der Arbeitslosigkeit konstatieren könnten, so gut es am Ende durchaus zunächst für den Einzelnen ist, das ist doch der direkte Einstieg in den Billiglohnsektor, den Sie immer präferieren. Sie haben schon von der Gesamtpolitik her an diesem Aufschwung eigentlich keinen Anteil, aber die Wirkungen kann man nicht nur allein Statistik und Zahlen ablesen, sondern da muss man sich auch schon mal ansehen, wo die Sache hingeht.

Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich in unserem Land zementiert, meine Damen und Herren. Im Juli 2003 gab es 80.165 Langzeitarbeitslose in Thüringen und jetzt sind es über 100.000 - 100.584 Personen, mehr als doppelt so viele erhalten Hartz IV, davon etwa ein Viertel, die einen Arbeitsplatz haben aufgrund der Niedriglohnsituation.

Ein anderes Beispiel, das auch ein Stück weit die Zwiespältigkeit Ihrer Politik aufzeigt: Die Zugangsbedingungen haben sich für diejenigen Unternehmen und die Bedingungen überhaupt, welche 50-Jährige und Ältere einstellen wollen, wesentlich verschlechtert, und zwar deshalb verschlechtert, weil Lohnkostenzuschüsse sowie die Dauer und Höhe der Bezuschussung von Ihnen reduziert wurden. Und im gleichen Augenblick stellen Sie sich hin und jubeln über die Rente mit 67, wie sie von der Bundesregierung auf den Weg gebracht ist, meine Damen und Herren, das ist doch ein direkter Widerspruch. In diesem Land fällt es immer schwerer, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Arbeitsplatz zu vermitteln und wir feiern sozusagen die Rente mit 67.

Ich hatte es erwähnt, wir haben die Situation, dass Langzeiterwerbslose in Hartz IV abgeschoben werden, die Qualifizierungsmaßnahmen sind in diesen Bereichen aufgrund fehlender Kofinanzierung des Landes immer weiter herabgesogen worden. Im Bund bereitgestellte Fördermittel zur aktiven Arbeitsmarktpolitik werden durch die Politik dieser Landesregierung überhaupt nicht ausgeschöpft. Im Jahre 2005 sind 113 Mio. € - das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen - 113 Mio. € aus dem SGB II und weitere 44 Mio. € aus dem SGB III nicht in Anspruch genommen worden, meine Damen und Herren. Tatsache ist längst geworden, dass sich das Land aus der Arbeitsmarktförderung fast völlig zurückgezogen hat. Die Gründe dafür dürften lediglich ideologischer Natur sein. Insofern ist es ja nicht so, dass es keine Alternativen für Thüringen gibt. Wir haben wiederholt gefordert, die Bündelung von Arbeitsmarktmitteln für versicherungspflichtige Beschäftigung in diesem Land zu entwickeln. Wir haben weiterhin darauf verwiesen, dass es eine erweiterte Arbeitsmarktförderung erneut in diesem Land geben muss. Insofern will ich ganz deutlich sagen, Sie haben das bisher alles immer in den Wind geschlagen

und Ihre heutigen Ankündigungen, Herr Althaus, sagen eigentlich, Sie werden das auch weiter tun.

Wir haben einen Jugendarbeitslosenanteil von 10 Prozent aller Arbeitslosen, die unter 25 Jahre sind, davon wiederum 50 Prozent Hartz-IV-Empfänger. Natürlich gibt es eine berechnete Debatte um demographische Entwicklung, es gibt auch eine berechnete Debatte um Abwanderung aus diesem Land, besonders von jungen Menschen, besonders von jungen Frauen, wir kennen das alles. Aber, ich sage Ihnen ganz deutlich, man kann über vernünftige sogenannte Rückholprogramme reden und wir sollten sie miteinander debattieren. Auch wir stehen für solche Varianten.

Andererseits muss ich sagen, wenn nicht in diesem Land etwas für Arbeitsmarktpolitik getan wird, wenn in diesem Land kleine und mittlere Unternehmen nicht unterstützt werden, die ja als Einzige im Prinzip Arbeitsplätze schaffen, dann wird dieser Prozess weitergehen, dann werden wir ihn nicht aufhalten. Die Landesregierung tut bis dato dazu nichts.

Das betrifft genauso die Fragen der Wirtschaftsförderung. Auch hier wurden dem Land in erheblichem Maße Fördermittel aus der GA vorenthalten, betroffen sind vor allem kleine und mittelständische Unternehmen. Wo, meine Damen und Herren, bleibt denn Ihre Politik auf diesem Gebiet, die Sie immer verkünden, aber nie realisieren?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ja nicht so, dass nur die Opposition im Thüringer Landtag oder Die LINKE diese Feststellungen treffen. Dass wir mit dieser Bewertung nicht allein sind, untermauert eine externe Bundesländer-Ranking-Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Consult GmbH in Köln. Da ist völlig klar, im Jahr 2006 zum Beispiel - wir kommen zur Einkommenssituation - ist das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer in Thüringen das niedrigste aller Bundesländer, meine Damen und Herren. Das sage ich Ihnen, Herr Althaus und der Landesregierung und der CDU-Mehrheit, geben Sie doch endlich Ihre Behauptung oder Illusion - ich weiß gar nicht was es mehr ist - auf, dass Billiglöhne und niedrige Löhne Arbeitsplätze schaffen. Was wir in diesem Land brauchen, ist ein Mindestlohn, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Diesen Mindestlohn brauchen wir vor allen Dingen auch deshalb, um bei Menschen das Einkommen zu schaffen, dass über die Binnennachfrage gerade auch die Arbeit von Handwerk, von Gewerbetreibenden, von kleinen Unternehmungen letzten Endes gestützt werden kann. Das ist nicht nur eine Frage der Löhne, dass sie konkurrenzfähig sind, es ist

vor allen Dingen auch eine Frage der Nachfrage ihrer Dienstleistungen, die hier zur Debatte stehen.

Meine Damen und Herren, mich wundert natürlich nicht, dass unsere Landesregierung sich damit nicht so weit befassen kann. Sie hat meiner Meinung nach ganz offensichtlich andere Baustellen zu bearbeiten und zu verantworten als Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Den Vogel schießt momentan nämlich dabei die Flughafenaffäre hier in Erfurt ab. Ich muss Sie schon einmal fragen: Mit welchem Recht verzichtet die Landesregierung auf die Rückforderung mutmaßlich erschlichener Fördermillionen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das ist Steuerverschwendung pur,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

offensichtlich um die Misswirtschaft durch die Landesregierung oder mindestens die von der Landesregierung gebilligte Misswirtschaft zu vertuschen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Im Bereich der Sozialpolitik scheint mir die Landesregierung nach dem Vorbild der berühmten drei Affen zu agieren - nichts hören, nichts sehen, nichts sagen.

Meine Damen und Herren, wir haben das in diesem Haus wiederholt debattiert, sämtliche finanziellen Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetzgebung haben Sie so beurteilt, dass wir uns hier nicht darüber unterhalten müssen, dass wir nichts daraus ableiten müssen. Sie haben mit der Kommunalisierung der Sozialhilfe im Jahr 2004 die Landesregierung jeglicher politischer Verantwortung aus ihrer Sicht enthoben. Da muss ich auch noch mal deutlich sagen, da hilft dann auch nicht die Debatte über das Bürgergeld, Herr Ministerpräsident.

Wenn man nun etwas genauer hinter die Kulissen dieser Diskussionen schaut, dann ist klar, dass dieses Bürgergeld weit unter den Auszahlungsbeträgen von Hartz IV liegen wird und dass dies ja heute schon nicht existenzsichernd ist, das gilt doch als gegeben. Den Menschen vorzugaukeln, dass das eine gute Alternative sei, wenn man noch dazu, zumindest indirekt, alle weiteren sozialen Sicherungssysteme auf dem Altar der Neoliberalisierung für diese Menschen opfern will, dann kann das keine zukunftsfähige Politik für dieses Land Thüringen sein.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Im Übrigen muss ich mal sagen, uns werfen Sie ganz gern immer mal vor, dass wir hier Bundespolitik in dem Saal betreiben. Ich bin der Meinung, Bundes- und Landespolitik hängen eng zusammen. Das gestatte ich auch Ihnen. Aber dann wissen Sie doch auch, dass diese Idee letzten Endes nur mit einer Bundesinitiative gelöst werden kann. Da sage ich Ihnen mal, da können Sie auf noch X CDU-Parteitage darüber beraten und dazu Positionen erarbeiten, wenn - und das ist mir so bekannt - diese Idee noch nicht mal in die Grundsatzdokumente Ihrer Bundespartei Eingang findet. Was ist denn dann diese ganze Debatte wert, muss ich an der Stelle fragen? Da sage ich auch mal, wenn wir jetzt mal eine Arbeitsgruppe bilden, weiß ich nicht, ob das nach dem alten Motto geht: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann bilde ich einen Arbeitskreis. Da gibt es Erfahrungen, aber nicht besonders gute.

Sie haben in den zurückliegenden Jahren alles dafür getan, das soziale Renommee dieses Landes und der Landespolitik schwer zu beschädigen, meine Damen und Herren, allein wenn ich an die Debatte um das Blindengeld im Rahmen der Behindertenpolitik insgesamt denke. Sie haben das zunächst mal mit Ihrer Abschaffung nur zweieinhalb Jahre als Ihre Sparbüchse für Ihre Landesregierung betrachtet und auf dem Rücken der Betroffenen gehandhabt. Ich will jetzt nicht noch mal aufzählen, wie die leidvolle Geschichte ist. Dann sind Sie wieder auf die Proteste eingegangen und haben nun eine halbe Lösung darunter angeboten, aus meiner Sicht mit einer gewissen gnädigen Haltung.

Ich muss Ihnen mal sagen, es ist immer wieder das gleiche politische Prinzip: Erst wird ein Entschluss gefasst, der die schlechteste und oft sogar die Null-Variante vorzieht, dann rudert man ein kleines Stück zurück, entscheidet sich wieder etwas anders und meint dann, dass man die Sache gerichtet hat und die Öffentlichkeit damit mit Augenauswischerei von den tatsächlichen Prämissen Ihrer Politik ablenken kann. Aber glauben Sie mir, die Mehrheit der Menschen in diesem Land nimmt Ihnen das schon lange nicht mehr ab.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das hoffen Sie, das hätten Sie gern.)

Familienpolitik: Wir haben hier erlebt, welche Debatten wir in der Öffentlichkeit hatten. Sie haben sich darüber hinweggesetzt. Sie haben damit sachliche Entscheidungen getroffen, die einfach nicht gut sind für dieses Land. Jeder weiß, wie wichtig frühkindliche Bildung heute geworden ist. Wir wissen dank der Monitore, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Falle eine institutionale För-

derung vorziehen würde, eine Förderung, die Qualitätsgewinn in Kindertagesstätten, die einen vernünftigen Personalschlüssel, ein vernünftiges pädagogisches Arbeiten dort ermöglichen würde. Sie sind in die andere Richtung gegangen. Sie sagen, wer unserem Familienbild von Ehe und Familie folgt, der wird durch das Thüringer Erziehungsgeld belohnt. Sie übersehen dabei auch oder reden nicht darüber, dass mit der Beseitigung des Landeserziehungsgelds auch hier schon wieder eine soziale Auswahl getroffen wurde, weil nämlich dort vor allen Dingen denjenigen Geld entzogen wird, die geringe Einkommen haben. Es geht doch noch um etwas ganz anderes. Sie verfolgen die Politik eines antizipierten Familienbilds, meine Damen und Herren.

Ein modernes Familienbild in der heutigen Gesellschaft geht davon aus, dass eine Familie dort ist, wo Menschen zusammenleben, wo Kinder sind, wo pflegebedürftige Menschen einbezogen sind und wo eben nicht allein der Trauschein entscheidet, wie die Förderung aussieht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Im Übrigen wissen wir doch in der modernen Gesellschaft auch, dass die Situation so ist, dass es immer schwieriger ist und schwieriger wird, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, und das besonders für Frauen, dass also lange Zeiten des Aussetzens von beruflicher Tätigkeit für den Einstieg ganz schwierig sind, dass es hohe zeitliche Anforderungen in diesen Fragen gibt. Alle diese Dinge haben letzten Endes damit zu tun, ob es gute inhaltliche, qualitative und natürlich auch zugängliche Kinderbetreuung geben kann. Das haben Sie zumindest behindert mit Ihrer Politik. Sie wussten dann den Weg nicht anders, nachdem es ein Volksbegehren gibt, als vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Glauben Sie mir, dem Land tun Sie keinen Gefallen mit dieser Vorgehensweise.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie zeigen damit ein weiteres Mal, dass Sie nicht gewillt sind, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen bei den Prozessen, die wir im Land zu bestreiten haben und die wir miteinander zu diskutieren haben. Da will ich sagen, auch hier liegen die Alternativen zu einer Sozialpauschale vor. Es liegen die Initiativen vor, auch hier Mittel zu bündeln. Aber Ihre Politik bleibt weiter stur, Sie sehen noch nicht einmal ein, an sozialen Brennpunkten Ihre Positionen des Abbaus aufzugeben. Allein das Stichwort „Frauenhäuser“ genügt, um sich die Kalamität der Folgen Ihrer politischen Grundsätze anzusehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es gibt eine entscheidende Reduzierung. Wir werden dann nur noch wenige Frauenhäuser im Land haben. Frauen, die den Schutz brauchen wegen Gewaltbedrohung durch den Partner, werden ihn viel schwerer finden können.

Meine Damen und Herren, das Ganze wird dann noch dadurch zugespitzt, dass Sie dann wieder meinen, die Finanzierung geben wir aber einmal ganz stark in die Kommunen unter Ihrem Stichwort „Kommunalisierung“. Das ist ja im Prinzip eine richtige Richtung, aber wie das dann laufen soll, wenn die eine Gemeinde das Frauenhaus in der 30 Kilometer entfernten anderen Gemeinde finanzieren soll, die Antwort sind Sie uns bisher schuldig geblieben, meine Damen und Herren. Das zeigt doch die Unseriösität dieser Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte gerade gesagt, die Landesregierung zog vor das Verfassungsgericht. Es ist ihr gutes Recht. Aber überhaupt hat unsere Landesregierung viel mit Gerichten zu tun, das kann man Ihnen auf alle Fälle attestieren. Sie waren dort mit der Unrechtmäßigkeit der erhobenen Lehrmittel, Lernmittelpauschale. Sie haben dadurch eine Rückzahlung von 9 Mio. € in Kauf nehmen müssen. Wir haben zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Im Zuge neuer Haushaltsgesetze - das ist allerdings jetzt Ihre Überlegung, wie ich vernommen habe - wird dann die Lernmittelfreiheit in Thüringen vollständig gestrichen. Das sind Ihre Lernprozesse, Herr Althaus, und die der Landesregierung offensichtlich - unzumutbar für dieses Land. Die zweite juristische Ohrfeige gab es dann vom OVG zur Unrechtmäßigkeit der erzwungenen Teilzeitbeschäftigung von verbeamteten Lehrern. Die Folgen sind bekannt, ich möchte sie hier nicht alle im Einzelnen aufzählen. Die Kommunalisierung des Hortpersonals an den Grundschulen zeigt diese Probleme insgesamt, die Reduzierung der Mittel für die Schulen, Jugendarbeit, dramatische Streichung der Mittel für die Schulsozialarbeit an freien Schulen und Musikschulen und man könnte die Aufzählung fortsetzen. Nicht viel anders, obwohl ich vorhin vernommen habe, dass Sie sich auf diesem Gebiet offensichtlich bewegen wollen, sieht es im Bereich der Hochschulen aus. Auch hier will ich noch einmal deutlich sagen, dieses Land braucht endlich eine Bildungsreform. Gehen Sie endlich in die Debatte mit vielen Menschen im Land, die das sagen. Gehen Sie mit uns in die Debatte, wir haben entsprechende Vorschläge unterbreitet, um ein modernes Schulsystem für dieses Land und für die Zukunft Thüringens auf den Weg zu bringen. Sie verweigern sich dieser Situation permanent.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Holen Sie doch einmal Luft.)

Kulturlandschaft in Thüringen - das ist eine leidvolle Erfahrung, wie Sie diese in den letzten Monaten und Jahren behandelt haben. Dabei will ich auch hier noch einmal sagen, ich war bisher immer davon ausgegangen, dass wir uns der gemeinsamen Verantwortung bewusst sind, welches Potenzial gerade Thüringen in dieser Hinsicht zu bieten hat. Da sage ich gerade auch Ihnen, ja, die Heilige Elisabeth machte von hier auf soziale Verantwortung aufmerksam. Luther erneuerte von hier das Christentum. Goethe und Schiller haben eine weltweite Ausstrahlung gehabt. Ich muss das nicht alles aufzählen. Ja gerade, man muss das gerade tun.

Wir hatten zuletzt den Streit um das Bauhaus, das Hin und Her in allen diesen Fragen, und auch da sage ich Ihnen mal ganz deutlich: Das ist auch ein Stück dem geschuldet, dass Sie sich immer konzeptionellen Debatten verweigern. Wir haben ein Landeskulturkonzept hier zur Debatte gestellt, wo wir diese Fragen aufgreifen. Sie haben das abgelehnt. Sie setzen dem aber kein eigenes Konzept entgegen

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

und das ist nicht haltbar für eine Landesregierung. Wenn Sie sich mit uns auseinandersetzen, ist das in Demokratie doch selbstverständlich, aber bewegen Sie sich auf diesem Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will die Aufzählung weiterer Beispiele Ihrer Fehlleistungen an dieser Stelle nicht fortführen.

Wir haben vorhin etwas zur Behördenstruktur gehört. Letztens hatten wir hier die erste Debatte zu OPTOPOL. Da muss ich Ihnen aber auch sagen, wir haben unterdessen bemerkt, dass offensichtlich der Innenminister hier etwas andere Positionen hat als der Generalsekretär der CDU.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist auch Demokratie.)

Ja, Moment, dazu komme ich schon noch. Der Ministerpräsident äußert sich recht wenig in dieser Angelegenheit. Nun will ich mal sagen, ich könnte ja die Hoffnung haben, dass die CDU zu einer pluralen Partei mutiert. Ich könnte ja die Hoffnung haben, aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, ich habe diese Hoffnung nicht, weil Ihr Vorgehen auch auf diesem Gebiet wieder völlig klarlegt, Sie machen das alles über die Köpfe der Betroffenen hinweg und Sie machen das alles unter dem Gesichtspunkt,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

dass Sie einer grundlegenden Strukturreform, die dieses Land nämlich braucht, aus dem Weg gehen.

Ich sage Ihnen: Solange Sie dieser Frage aus dem Weg gehen, wird Ihre Behördenstrukturreform immer nur im Behördenstrukturchaos enden können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Ergebnisse oder besser gesagt vielfach auch Nicht-Ergebnisse sehen wir auch.

Nun habe ich wieder auf einige Punkte aufmerksam gemacht, die wir einfordern oder vorschlagen. Da ist natürlich - heute habe ich es noch gar nicht gehört - der Ruf nach dem „wer soll das bezahlen?“ noch gar nicht erschallt, aber es ist natürlich ein zentrales Thema. Ich will mich da gar nicht drum herummogeln, weil ich zum Beispiel sage, bei der Situation, die wir vorfinden, brauchen wir eine doppelte Gangart. Wir brauchen zum Beispiel und müssen die Entwicklung der zusätzlichen Steuereinnahmen einerseits nutzen - und das muss ich so deutlich sagen -, um wenigstens die wichtigsten Fehlleistungen dieser Landesregierung auf sozialem, ökonomischem und in gewisser Weise auch demokratischem Gebiet zu kompensieren, meine Damen und Herren. Darum werden wir nicht herumkommen, wenn wir verantwortlich vor den Bürgerinnen und Bürgern dastehen wollen.

Wir sehen zweitens genauso, dass die hohe Schuldenlast, die es im Land gibt, einem Abbau zugeführt werden muss, allerdings einem Abbau, der auch soziale und wirtschaftliche Perspektiven für das Land eröffnet und nicht nur dazu da ist, um die Sparbüchse der Finanzministerin ein Stück zu bedienen und um überall im Land den Ruf der größten Schuldenmacher loszuwerden, meine Damen und Herren. Das können nicht unsere Positionen sein beim Umgang mit dieser Frage.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich kann Ihnen auch auf diesem Gebiet - gerade weil es so zentral ist - nicht ersparen, dass Sie natürlich für die finanzielle Situation des Landes Thüringen die Hauptverantwortung tragen, meine Damen und Herren. Da können Sie sich gar nicht herausreden. Und Sie haben sie noch fortlaufend verschärft, nicht nur durch die Schuldenproblematik. Wenn sie in wirtschaftliche Leistungsfähigkeit geflossen wäre, wenn sie in soziale Entwicklung geflossen wäre, dann könnte man darüber ja tatsächlich noch ein Stück anders reden. Aber was haben Sie uns denn vorgeführt, u.a. Landesgesellschaften, in denen Sie Millionen verschwinden lassen, die niemand mehr kontrollieren kann, ohne dass auch nur jemand von Ihnen einigermaßen darlegen kann, welche Arbeitsplätze damit zum Beispiel geschaffen wurden, meine Damen und Herren. Das nenne ich Verschwendung von öffentlichen Mitteln und zusätzliche Belastung un-

seres Haushalts.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Von dieser Politik müssen wir wegkommen.

Aber die Zukunft Thüringens hängt auch von den Einnahmen des Landeshaushalts ab. Hier spielt die Steuergesetzgebung des Bundes tatsächlich eine Riesenrolle. Die Interessen Thüringens werden im Bund durch diese Thüringer Landesregierung vertreten, sollte man meinen. Aber ob die Zustimmung der Landesregierung im Bundesrat zu verschiedenen Steuergesetzen wirklich immer im Interesse dieses Landes Thüringen gewesen ist, das muss ich schon stark bezweifeln. Die Thüringer Landesregierung war für weniger Steuereinnahmen, meine Damen und Herren, das wollen wir doch mal ganz deutlich festhalten. Die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer für die Besserverdienenden und die Senkung des Körperschaftsteuersatzes für die Unternehmen, das haben Sie vertreten, meine Damen und Herren. Und der Refinanzierung dieser Geschenke haben Sie auch zugestimmt, nämlich für höhere Steuern auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, zum Beispiel die Abschaffung der Pendlerpauschale und die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Da sage ich, das ist die Umverteilungspolitik, die Sie offensichtlich betreiben, Herr Althaus,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

aber eine Umverteilungspolitik, die nicht im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist.

Da nenne ich mal ein aktuelles Beispiel: Wer einerseits sich jetzt wieder freut über diese Steuergeschenke und andererseits über den Kommunalen Finanzausgleich den Städten und Gemeinden dieses Landes aber aufgibt, ihre Steuern zu erhöhen, insbesondere die Gewerbesteuern, der vergeht sich doppelt an den Interessen der Städte und Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie regieren zweimal in die falsche Richtung - nach oben und nach unten in diesem Fall. Das nennen wir schon eine Politik eigentlich ohne Konzepte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber im Grunde genommen doch wahrscheinlich mit einem Konzept einer unsozialen Umverteilung.

Für uns, meine Damen und Herren, bleibt im Grunde die Aufgabe, dass wir eine Politik gestalten müssen, die sozial gerecht, wirtschaftlich effektiv und arbeitsplatzschaffend die Mitbeteiligungsmöglichkeiten für die Menschen in diesem Land, das auch von

Ihnen ja manchmal deklarierte Einbeziehen der Menschen in diesem Land, befördert, um die Probleme zu lösen. Das alles kann ich bei der Thüringer Landesregierung nicht erkennen. Sie haben uns heute erklärt, Sie werden uns am 12. Juli diese Auskünfte geben, Herr Althaus. Meine Hoffnung mittlerweile darauf, das muss ich sagen, ist schwach. Und wenn Sie nicht baldmöglichst gangbare Antworten finden, da muss ich einfach sagen,

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident:
Das sind aber Ihre Fragen.)

sind Sie an dem Platz dann offensichtlich im Augenblick fehl.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich erteile dem Abgeordneten Fiedler für seinen Einspruch während dieser Rede „Ihr Lumpen“ - zweimal wiederholt - einen Ordnungsruf und erteile das Wort dem Abgeordneten Matschie.

(Beifall bei der SPD)

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben zum Schluss Ihrer Rede gesagt, Sie haben keine Lust, uns heute im Einzelnen zu erläutern, was Sie vorhaben. Mit Verlaub, Herr Ministerpräsident, den Eindruck, dass Sie keine Lust haben, den hatten wir des Öfteren in den letzten Monaten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Sie haben uns eine „ausgeprägte Ungeduld“ vorgeworfen. Ich weiß nicht, was Sie damit meinen. Sie haben die Behördenstrukturreform in ihren Zielen und Grundzügen im Herbst 2004 in diesem Landtag vortragen. Wenn zweieinhalb Jahre später die kommunale Seite die Verhandlungen abbricht,

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident:
Quatsch!)

weil diese Landesregierung nicht in der Lage ist, ein einigungsfähiges Konzept auf den Tisch zu legen, dann frage ich mich, wie Sie da von „ausgeprägter Ungeduld“ sprechen können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Sie erinnern darf, Herr Ministerpräsident, das Landesverfassungsgericht hat sein Urteil zu den Kommunalfinzen im Juni 2005, also vor zwei Jah-

ren, auf den Tisch gelegt. Wenn Sie heute, nach zwei Jahren, immer noch nicht ein einigungsfähiges Konzept mit den Kommunen haben, dann verstehe ich nicht, dass Sie hier von „ausgeprägter Ungeduld“ sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen ja alle, dass der Fortschritt eine Schnecke ist, aber diese Schnecke, die würde Sie im ICE-Tempo, glaube ich, überholen, Herr Althaus.

(Unruhe bei der CDU)

Die CDU hat im Zusammenhang mit der heutigen Sitzung von „Effekthascherei“ gesprochen. Die CDU meint offensichtlich, es sei ja alles in Ordnung im Land. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, da werden Sie nicht mehr viele finden, die diese Auffassung teilen, dass alles in Ordnung ist im Land. Ich bin sicher, tief drinnen bei vielen von Ihnen hat sich die Erkenntnis auch breitgemacht, dass nicht alles zum Besten steht. Viele von Ihnen sind offensichtlich hochgradig verunsichert. Diese Angst, die da in Ihnen steckt, entlädt sich jetzt in verbalen Entgleisungen - so, wie wir das eben von Herrn Fiedler erlebt haben, wofür er mit einem Ordnungsruf bedacht worden ist, und so, wie wir das auf dem Parteitag der CDU am Wochenende erlebt haben, wo der Generalsekretär der CDU Politiker von PDS und SPD als „rote Lumpen“ bezeichnet hat. Ich finde, das ist eine Entgleisung, wie sie nicht vorkommen darf unter demokratischen Parteien.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Herr Mohring, Sie wissen vielleicht, dass diese Bezeichnung von den Nazis verwendet worden ist gegen Sozialdemokraten, um Menschen herabzuwürdigen, um sie ihrer Menschenwürde zu berauben und ihnen die Bürgerrechte zu entziehen. Das ist die Geschichte dieses Begriffs.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wir
haben einen Witz erzählt.)

Ich bitte Sie, Herr Mohring, sich das noch mal genau zu überlegen.

(Unruhe bei der SPD)

Herr Mohring, ich bitte Sie,

(Glocke der Präsidentin)

sich das noch mal genau zu überlegen, was Sie jetzt antworten.

(Unruhe bei der CDU)

Damit macht man nicht einmal Witze, Herr Mohring, das war ein ziemlich schlechter Witz.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich fordere Sie auf, sich öffentlich dafür zu entschuldigen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das ist doch ein Spott jetzt.)

Sie können das heute hier tun am Pult, aber ich lade Sie auch gern in die SPD-Fraktion ein, damit Sie sich entschuldigen können. Ich werde so etwas nicht einfach durchgehen lassen, wenn Sozialdemokraten als „rote Lumpen“ beschimpft werden. Dafür gebührt eine Entschuldigung, Herr Mohring.

(Beifall bei der SPD)

Aber noch einmal zu dem positiven Blick, den Sie hier entworfen haben, Herr Ministerpräsident. Natürlich gibt es positive Entwicklungen: bei den Steuereinnahmen z.B., in der Wirtschaftsentwicklung, bei den Arbeitslosenzahlen. Das bringt die Landesregierung plötzlich in die Lage, wohlklingende Haushaltseckwerte verkünden zu können, keine neuen Schulden 2008/2009 und, wenn alles gut läuft, in diesem Jahr auch keine neuen Schulden. Es ist sogar noch Geld da, um hier und da ein bisschen mehr zu verteilen. Aber die Frage muss doch erlaubt sein: Ist damit alles gut? Was hat denn die Thüringer Landesregierung dazu beigetragen, dass wir jetzt ohne neue Schulden auskommen? Sie haben es ja vor Kurzem noch nicht einmal geahnt, Frau Finanzministerin. Sie ernten jetzt, was die rotgrüne Bundesregierung

(Heiterkeit bei der CDU)

gesät hat mit Reformen und was viele mutige und engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer

(Glocke der Präsidentin)

und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren geleistet haben, um ihre Unternehmen fit zu machen. Das ernten Sie jetzt, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sie sind der beste Witzeerzähler, Herr Matschie, das gebe ich zu.)

Herr Mohring, es ist noch nicht allzu lange her, es war in diesem Jahr, da hat der Ministerpräsident die Linie vorgegeben, man könne in Thüringen erst 2012 ohne neue Schulden auskommen. Da hatten, ich

erinnere Sie, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die schwarze Null längst erreicht. Die SPD hat im Januar den Antrag gestellt, auch in Thüringen die Neuverschuldung schneller zu stoppen. Unsere Zielmarke war damals 2010. Unser Antrag wurde abgelehnt im Januar und die Finanzministerin betonte damals ausdrücklich, dass eine seriöse Haushaltsplanung nur vom Ziel 2012 ausgehen könne. Sie sagte damals wörtlich: „Aus der Trickkiste mache ich keine Mittelfristige Finanzplanung.“ Frau Finanzministerin, beim Kommunalen Finanzausgleich haben Sie dann allerdings sehr tief in die Trickkiste gegriffen,

(Beifall bei der SPD)

so tief nämlich, dass gestandene Kommunalpolitiker Ihnen nicht nur Vertrauensbruch, sondern auch Betrug an den Kommunen vorgeworfen haben. Das ist schon ein schwerwiegender Vorwurf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber die Kommunalfinanzen sind nicht das einzige Problem. Unter der Regierung von Dieter Althaus haben sich eine ganze Reihe von Bereichen eher zum Schlechten entwickelt. Herr Ministerpräsident, Sie haben hier von einer exzellenten Leistungsbilanz gesprochen. Ich weiß ja, dass „exzellent“ zurzeit Ihr Lieblingswort ist, aber ein Blick der anderen tut vielleicht ganz gut auf die Situation von Thüringen und deshalb will ich noch einmal einige Entwicklungen beschreiben, die ich eben nicht exzellent finde. Die Abwanderung und der Bevölkerungsrückgang haben sich beschleunigt in Thüringen, nicht verlangsamt. Im Februar beispielsweise hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Thüringen die rote Laterne in der Finanzpolitik bescheinigt. Die haben eine Untersuchung zum Konsolidierungsbedarf des Bundes und der Länder gemacht und festgestellt, dass dieser Konsolidierungsbedarf in allen Bundesländern gesunken ist, außer in Thüringen und Schleswig-Holstein. Hier ist der Konsolidierungsbedarf gestiegen, also äußerst schlechte Noten für die Finanzpolitik dieses Landes. Wenig später, Frau Finanzministerin, hat das Marburger Mittelstandsbarometer erklärt, Thüringen sei das Schlusslicht beim Bürokratieabbau und die Initiative Neue soziale Marktwirtschaft, die immer ein Dynamikranking der Bundesländer herausgibt, hat Anfang Juni bestätigt, dass Thüringen bei der Dynamik zurückfällt. Sie haben hier einige Ansiedlungen aufgezählt, Herr Ministerpräsident. Das ist gut, dass die kommen, aber das hat mit der Landesregierung überhaupt nichts zu tun. Das hat mit unternehmerischen Entscheidungen etwas zu tun,

(Unruhe bei der CDU)

das können Sie nicht unter eigenem Erfolg verbuchen. Wer einen Blick in die Zeitungen wirft, der findet auch nicht unbedingt freundliche Urteile über

die Thüringer Landesregierung und ihren Ministerpräsidenten. „Die Welt“ schrieb Ende Mai vom „leeren Rauschen“; Dieter Althaus würde regelmäßig mit mittelschwerer Bedeutungsdichte einen Allgemeinplatz verbreiten - hieß es da -, nur nicht zu Thüringen, dazu höre man von ihm wenig. Oder, Ende letzten Jahres in der „Welt online“ unter der Überschrift: „Ostdeutsches Musterland stürzt ab - Althaus bekommt die Finanzen seines Landes nicht in den Griff, seit Jahren explodieren die Schulden, Ursachen eindeutig hausgemacht.“

(Beifall bei der SPD)

Aber auch Thüringer Zeitungen haben Ihre Arbeit in den letzten Monaten ähnlich beurteilt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Alte Zeitungen, nichts ist unaktueller als die Zeitung von heute.)

Ja, Herr Mohring, ich beschreibe die Entwicklung der letzten Monate und Sie werden sehen, dass viele der Probleme, die da beschrieben sind, bis heute nicht aufgelöst sind, deshalb nenne ich Sie Ihnen noch einmal. Ihr Gedächtnis ist offensichtlich sehr kurz. Auch die „Thüringer Allgemeine“ hat schon im Herbst von verschenkter Zeit geschrieben bei dieser Wahlperiode und die gemischte Bilanz, die die TA heute veröffentlicht, weist auch keine für eine Regierung besonders schmeichelhafte Mischung aus. Von 28 Vorhaben 7 erfüllt, der große Rest halb oder gar nicht, das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für diese Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb Ende letzten Jahres: „Althaus hat den Schwung verloren, die Liste der Probleme des Landes ist groß, Althaus aber ist der Meister der kleinen Meldungen“. So ließe sich die Beurteilung fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage ist, hat die Landesregierung eines dieser Probleme gelöst, über die wir seit vielen Monaten hier im Land diskutieren? Die Verschuldung des Landes steigt nicht weiter, das ist gut, aber ich sage es noch einmal, das ist keine Leistung der Landesregierung, Sie ernten hier die Früchte, die andere gesät haben.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin: Wir haben viele eigene Vorschläge gemacht.)

Wie sieht das bei anderen Fragen aus? Gegen die Familienpolitik dieser Landesregierung läuft ein Volksbegehren. Selbst der Ex-Sozialminister Pietzsch, CDU-Mitglied, hat vor einem Jahr scharfe

Kritik an dieser Art Familienpolitik geübt.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Sogar die FDP geht weiter.)

Auch wenn heute in einigen Zeitungen nachzulesen ist, Thüringen sei bei der Betreuung auf Platz 1, muss man sich die Meldungen noch einmal ein bisschen genauer ansehen. Ich habe mir noch einmal die Zahlen des Statistischen Landesamtes Thüringen vom April dieses Jahres herausgesucht. Die haben nämlich andere Zahlen gemeldet. Danach liegt Thüringen bei der Betreuung der unter 3-Jährigen hinter Sachsen-Anhalt, hinter Mecklenburg-Vorpommern und hinter Brandenburg. Die Zahl, die heute veröffentlicht worden ist, bezieht nur Kinder ein, die länger als sieben Stunden betreut werden,

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Fünf Stunden.)

und zeichnet damit kein genaues Bild der Situation, jedenfalls kein Bild darüber, wie viele Kinder Kinder-einrichtungen insgesamt in Anspruch nehmen. Ihre Familienoffensive hat dazu geführt, dass die Elternbeiträge an vielen Stellen gestiegen sind. Dass das Angebot an Kinderkrippen und Kindergärten noch so gut ist, wie es im Moment ist, das ist beileibe kein Verdienst dieser Landesregierung, sondern allein ein Verdienst einer großen Anstrengung der Kommunen hier in Thüringen, denen ich an dieser Stelle auch noch einmal herzlich dafür danken möchte.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Der Vorschlag, den Sie gemacht haben zur Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs, ist aus Ihren eigenen Reihen als „grottenschlechtes Handwerk“ bezeichnet worden.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Aber nur der erste Entwurf.)

Sie haben, Herr Althaus, die Zuweisungen an die Kommunen drastisch gekürzt und haben hinterher den Kommunen empfohlen, doch die Steuern zu erhöhen. Herr Ministerpräsident, das geht für mich nicht zusammen. In Sonntagsreden stellen gerade Sie sich immer wieder hin und fordern „Steuern runter!“, damit die Wirtschaft wachsen kann, und am Montag zwingen Sie die Kommunen, die Gewerbesteuern zu erhöhen. Erklären Sie mir bitte einmal, wie das zusammenpasst.

(Beifall bei der SPD)

Grundsteuern, Gewerbesteuern - die Städte und Gemeinden sollen nach Ihrer Überzeugung an dieser Steuerschraube drehen, sie sollen die Grundsteuern

erhöhen, sie sollen die Gewerbesteuern erhöhen. Das, was Sie den Leuten bei der Rückzahlung der Wasserbeiträge versprochen haben, das holen Sie ihnen jetzt durch die Erhöhung der Grundsteuer aus der anderen Tasche wieder heraus. Herr Althaus, das ist die Wirklichkeit in diesem Land.

(Unruhe bei der CDU)

Auf dem CDU-Parteitag letztes Wochenende haben Sie unverblümt behauptet, dass die Thüringer Kommunen keinen Grund hätten, sich zu beschweren. Über Jahre hätten unsere Kommunen mehr bekommen als der ostdeutsche Durchschnitt. Ich gebe Ihnen gern noch einmal die Zahlen aus dem Thüringer Innenministerium, nämlich Einnahmen in Euro je Einwohner laut Kassenstatistik Thüringer Innenministerium. Ich nehme das Jahr 2000, das erste Jahr der CDU-Alleinregierung. Da lagen die Schlüsselzuweisungen im Durchschnitt der ostdeutschen Länder an die Kommunen bei 536 € pro Kopf, in Thüringen bei 487 €, also deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Die kommunalen Einnahmen pro Einwohner insgesamt im Osten waren im Jahre 2000 bei 1.840 € Kopf, in Thüringen bei 1.660 €. Das sind gut 90 Prozent des ostdeutschen Durchschnitts. Wer sich anschaut, wie sich das weiterentwickelt hat, auch in den Jahren 2001, 2002, 2003 das gleiche Bild. Nie, zu keinem Zeitpunkt, lagen die Thüringer Kommunen pro Kopf bei den Schlüsselzuweisungen, bei den Investitionszuweisungen oder bei den Gesamteinnahmen über dem ostdeutschen Durchschnitt. Sie lagen immer unter dem ostdeutschen Durchschnitt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das trotzdem behaupten, Herr Ministerpräsident, dann kennen Sie entweder die Fakten nicht oder Ihr Innenminister liefert falsche Zahlen. Beides gibt kein gutes Bild für diese Regierung ab.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Unterstellung.)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Oder Sie haben falsche Zahlen.)

Ich habe einfach die Zahlen verwendet, die das Thüringer Innenministerium dazu herausgegeben hat, Herr Mohring. Machen Sie sich vielleicht einmal die Mühe, die nachzusehen.

Bei den Thüringer Kommunen wuchs jedenfalls durch die Winkelzüge in den Verhandlungen das Gefühl, nur noch über den Tisch gezogen zu werden bei den Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich. Erst am Wochenende hat der Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes, Herr Rusch, noch ein-

mal betont, da sei eine Menge Vertrauen zu Bruch gegangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es nicht besser formulieren als die stellvertretende CDU-Vorsitzende. Das, was Sie da abgeliefert haben, das ist grottenschlechtes Handwerk. Es geht hier nicht um irgendeine beliebige Kleinigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Am Kommunalen Finanzausgleich hängt die Handlungsfähigkeit der Thüringer Städte, Gemeinden und Kreise. Hier an dieser Stelle, konkret an dieser Stelle entscheidet sich Lebensqualität in Thüringen, denn wenn Sie den Städten und Gemeinden die Zuweisungen so kürzen, wie Sie das vorhaben, an welcher Stelle müssen die denn sparen? Die werden bei den Investitionen sparen. Das bedeutet weniger Arbeitsplätze vor Ort. Die werden bei den freiwilligen Aufgaben sparen. Das bedeutet weniger Geld für Schwimmbäder. Das bedeutet weniger Geld für die Vereine. Das bedeutet weniger Geld für die Unterstützung des Sports. Das bedeutet weniger Möglichkeiten, in der Jugendarbeit etwas zu machen. Das wirkt sich auf die Lebensqualität in diesem Land aus.

(Beifall bei der SPD)

Darum sitzen wir heute zusammen und diskutieren über diese Frage. Herr Ministerpräsident, ich will noch mehr sagen zu Ihrer exzellenten Leistungsbilanz. Die Polizeireform, die Sie hier auch erwähnt haben, die wird von Ihren eigenen Leuten abgelehnt. Ihr innenpolitischer Sprecher hat hier im Landtag gesagt, die Reform wird so nicht durch den Landtag kommen. Jetzt ist sie erst mal auf die lange Bank geschoben. Mal sehen, wann Sie irgendwann zu einem Ergebnis kommen.

Bis heute existiert nicht wirklich ein kulturpolitisches Konzept. Die Theater und Orchester wurden in den letzten Monaten nur als lästige Kostgänger von Ihnen behandelt, Herr Minister Goebel.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Ausspruch „die letzten beißen die Hunde“, der ist wirklich kein Ruhmesblatt für die Antworten dieser Regierung in der Kulturpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Sie, Herr Althaus, über die Zeitungen heute verkündet haben, alles wird gut - Weimar wird Staatstheater und sogar Gotha soll eine Lösung zur Zufriedenheit aller bekommen -, eines bleibt: Der massive Imageschaden durch die CDU-Kulturpolitik ist kaum wieder gutzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtige Strukturreformen lehnen Sie nach wie vor ab. Wir werden weiter darüber zu reden haben. Eine gekoppelte Verwaltungs- und Gebietsreform, wie sie andere Bundesländer machen, wird auch in Thüringen notwendig sein. So sehr Sie sich auch heute noch sträuben. Sie wissen es selbst, Herr Ministerpräsident, wir kommen daran nicht vorbei.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Die Personalentscheidungen, die diese Landesregierung trifft, landen immer öfter vor den Gerichten. Prominente Beispiele sind der Präsident des Landesarbeitsgerichtes oder der Leitende Oberstaatsanwalt in Mühlhausen. Wie kurzatmig Ihre Art von Personalpolitik ist, zeigt sehr anschaulich das Beispiel des Innenstaatssekretärs. Innerhalb von drei Jahren wurde der Mann erst Abteilungsleiter im Innenministerium, dann Landtagsdirektor, dann Justizstaatssekretär und schließlich Innenstaatssekretär. Personalplanung, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Na, wenn der Mann das kann.)

Dann ist er wahrscheinlich der Einzige, der was kann, Frau Groß, dass Sie ihn an allen Stellen einsetzen müssen.

(Heiterkeit im Hause)

Ich kann Ihnen nur sagen, Chaos, Chaos, wohin man bei Ihnen schaut.

Das Blindengeld - erst wurde es abgeschafft und uns hier begründet, warum man das nicht mehr braucht -, anschließend wurde es wieder eingeführt. Die Eltern wurden bei den Schulbüchern zur Kasse gebeten, anschließend musste das Geld an die Eltern wieder zurückgezahlt werden. Jetzt werkelt der Kultusminister erneut an einem Büchergeld für die Eltern. Bei der Frage Landesausstellung kamen sich Staatskanzlei und Kultusministerium so ins Gehege, dass in Bezug auf das Bauhausjubiläum enormer Flurschaden entstanden ist, den man dann auch mit Wortspielereien nicht wieder gutmachen kann.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Erfurter Flughafengesellschaft, die fast vollständig in der Hand des Landes ist, wurden Passagierzahlen gefälscht, um Millionen Steuergelder für den weiteren Ausbau zu erschleichen. Beim Thema moderne Verwaltung, E-Government, Thüringer Serviceplattform herrscht großes Durcheinander, ein Drunter und Drüber - keine Lösung in Sicht. So sieht

Ihre exzellente Leistungsbilanz aus, Herr Althaus.

(Beifall bei der SPD)

An all diesen Punkten hat sich durch Steuermehreinnahmen nichts geändert. Ich sage Ihnen, es reicht nicht, nur das Geld einzustreichen und das Chaos weiter ausufern zu lassen. Wenn das Dach kaputt ist, Herr Ministerpräsident, dann darf man nicht, wenn die Sonne scheint, einfach den Liegestuhl rausstellen und sich reinsetzen, sondern da muss man das gute Wetter nutzen, um das Dach zu reparieren. Ich hoffe, die Landesregierung macht sich da endlich an die Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie dürfen nicht nur auf sprudelnde Steuerquellen setzen, sondern müssen notwendige Reformen anpacken. Wegducken kann sich ein Ministerpräsident vielleicht noch über die nächsten zwei Jahre, aber dem Land wäre damit nicht gedient. Wir erwarten klare Aussagen von dieser Landesregierung in der Haushaltspolitik: Wie ist das Land auf den Rückgang der Solidarpaktmittel ab 2009 vorbereitet? Aktuell verweisen Sie immer nur auf die Behördenstrukturreform, die an vielen Stellen stecken geblieben ist, die aber - selbst wenn sie vollständig umgesetzt würde - längst nicht den Einsparbeitrag bringt, den sie bringen müsste. Mehr haben Sie uns bisher nicht auf den Tisch gelegt. Wir erwarten Ihre Vorschläge dazu.

Fragen stellen sich in der Familienpolitik. Was will die Landesregierung tun gegen steigende Elternbeiträge? Wie soll der in Berlin vereinbarte Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Thüringen umgesetzt werden? Wann wird der Betreuungsschlüssel in den Kindergärten so verbessert, dass der Bildungsplan auch vernünftig umgesetzt werden kann?

Es geht weiter in der Bildungspolitik: Wann sorgen Sie endlich dafür, dass Kinder gleiche Chancen haben und nicht nach der 4. Klasse auf unterschiedliche Schulen aufgeteilt werden müssen?

(Beifall bei der SPD)

Was tut die Landesregierung dazu, um einheitliche Bildungsstandards in Deutschland durchzusetzen? Welche Konzepte haben Sie, um mehr Studierende nach Thüringen zu locken? Als ich hier vorgeschlagen habe, Nägel mit Köpfen zu machen, kündigte das Kultusministerium schnell einige Maßnahmen an - das war es, seitdem ist Funkstille an dieser Stelle.

Auch bei der Verwaltung des Landes drängen sich Fragen über Fragen auf. Auf welche Weise wollen Sie dafür sorgen, dass Landesverwaltung und Kommunalverwaltung bei sinkenden Einwohnerzahlen

bezahlbar bleiben? Wie sorgen Sie beim kommunalen Finanzausgleich für handlungsfähige Kommunen? Immer mehr Mitarbeiter des Landes sind durch das Chaos dieser Regierung verunsichert. Die Frage ist: Wie wollen Sie Vertrauen wieder herstellen? Wie wollen Sie für Motivation sorgen?

Auch in der Sicherheitspolitik liegt vieles im Argen, OPTOPOL habe ich angesprochen. Sie haben immer noch nicht die Frage beantwortet, in welcher Struktur und mit welcher Personalstärke soll die Thüringer Polizei künftig arbeiten? Sie haben die Frage nicht beantwortet, wie weit dürfen Polizei und Verfassungsschutz in die Privatsphäre eingreifen? Wann legen Sie endlich ein Rettungsdienstgesetz vor? Unser Vorschlag dazu liegt seit September letzten Jahres auf dem Tisch. So ließe sich die Liste der unerledigten Aufträge der Baustellen fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese Fragen, die ich Ihnen hier gestellt habe, stellen sich viele Menschen in diesem Land und sie erwarten Antworten vom Thüringer Ministerpräsidenten. Heute wäre eine Möglichkeit gewesen, solche Antworten auf den Tisch zu legen. Sie sind ausgewichen, Herr Ministerpräsident, Sie haben keine Regierungserklärung hier abgegeben, allenfalls eine Erklärung der Regierung, aber die war ganz dürtig. Sie wollen erst zur Haushaltseinbringung reden, da sage ich Ihnen, das ist durchschaubar, denn Sie wollen natürlich Ihre Schwächen hinter den Steuerermehreinnahmen verstecken. Mehr Geld in unseren Kassen, das kann das Land gut vertragen, aber einen schwachen Ministerpräsidenten nicht, Herr Althaus.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihre Vorstellungen auf den Tisch legen. Wir erwarten, dass Sie heute sagen, wie die drängenden Probleme des Landes gelöst werden sollen. Eines ist jedenfalls klar: Durch die Utopie vom Bürgergeld und das Absingen der Nationalhymne in den Schulen wird keines der Probleme hier im Land gelöst.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordnete Lieberknecht, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Lieberknecht, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll man dazu sagen? Ich hatte so den Eindruck einer Mischung aus Schaulaufen für die Neuwahl des Fraktionsvorstandes bei der Linkspartei. Wenn ich auch den Eindruck hatte, Ihnen war manches

selbst eher peinlich, als dass Sie das wirklich mit voller Überzeugung hier vertreten hätten. Auf der anderen Seite eine so allgemeine Larmoyanz, dass sogar der Himmel angefangen hat zu weinen.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Matschie, so viel zum „Meister der einen Meinung“, wenn man schon die „kleinen Meinungen“ geringschätzt.

Der Sinn dieser Debatte, verehrte Kolleginnen und Kollegen, erschließt sich mir jetzt nach über einer Stunde Diskussion eigentlich keinen Deut mehr

(Unruhe bei der der Linkspartei.PDS, SPD)

am Tag 11 des Oppositionsantrags als am Tag seiner Verkündung, das war immerhin der Tag der offenen Tür am 9. Juni hier im Thüringer Landtag. Zugegeben, die Sonne schien ganz schön heiß und es war ein Gedränge, da kann einem schon mal der Überblick verloren gegangen sein.

(Beifall bei der CDU)

Die Hitze mag auch manchen Verstand tatsächlich etwas getrübt haben, so sehr im Übrigen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass Sie bei der Formulierung Ihres Antrags auf diese Sondersitzung heute offensichtlich nicht mal mehr vollends der deutschen Sprache mächtig waren. Das hat mich dann schon gewundert, immerhin sind wir ja das Hohe Haus hier,

(Zwischenruf Abg. Hennig, Die Linkspartei.PDS: Ja, aber das merkt man gar nicht!)

das Haus, wo die Debatten um die Zukunft unseres Landes geführt werden und wenn man dann konfrontiert wird mit Argumentationen, die in keiner Schulstunde durchgegangen wären. Ich muss mir das einfach mal auf der Zunge zergehen lassen. Ich will nur einen Satz sagen: „Jüngstes Beispiel ist das Agieren der Landesregierung zu den Verhandlungen“ - also: man kann in Verhandlungen agieren, während oder vielleicht sogar noch bei - aber „zu den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, in der“ - ich weiß nicht worauf sich das bezieht - „eine Situation eingetreten ist“ - und dann - „die schnellstens die Beratung des Landtags erforderlich macht.“ Also so viel - wie gesagt - zur offensichtlich tatsächlichen Eintrübung des Verstandes, der für die

(Beifall bei der CDU)

Formulierung des Antrags mit maßgeblich war.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Peinlich, peinlich!)

Peinlich, also schnellstens eine Beratung, zu der Sie aber dann selber offensichtlich keine rechte Lust mehr haben, denn indem Sie diesen Antrag bei der Landtagspräsidentin einreichen, bitten Sie zugleich darum, die Sitzung genau am heutigen Tag anzuberaumen, eben gar nicht schnellstens, sondern 11 Tage später, am heutigen 20. Juni 2007.

Entfallen ist Ihnen dabei offensichtlich auch, dass Sie erst zwei Tage zuvor, nämlich am 7. Juni, eine reguläre Tagesordnung zu den regulären Plenardebatten, die wir morgen und übermorgen haben werden, also am 21. und 22. Juni, beschlossen hatten, die keinen der Punkte, die Ihnen für diese Sondersitzung offensichtlich wichtig waren, ausspart. Das finden wir alles morgen wieder, aber nein: Sondersitzung.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich würde eine solche Umgangsweise in diesem Haus nicht zur allgemeinen Mode werden lassen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ältestenrat - keine 48 Stunden später: Antrag auf diese Sondersitzung verbunden mit einer Eilbedürftigkeit, die Sie unmittelbar mit der Beantragung gleich wieder fallen lassen, nämlich 11 Tage ruhen lassen, um dann keine 24 Stunden vor der regulären Sitzung nichts als allgemeinen Klamauk hier zu veranstalten.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wie lange brauchen Sie, um einen Bürgerbeauftragten zu finden?)

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, wäre es nach der Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion, meiner CDU-Fraktion gegangen, dann hätte ich diese Sondersitzung morgen früh auf 7.00 Uhr anberaumt. Das wäre auch gut gewesen

(Beifall bei der CDU)

und der Öffentlichkeit wäre dieser Nachmittag hier erspart worden. Aber es gab Argumente, das will ich sagen, Frau Landtagspräsidentin, nicht zuletzt auch im Blick auf das Personal hier im Thüringer Landtag, dass wir also jetzt dabei sind.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Ich glaube, der Himmel weint über Ihren Redebeitrag.)

Ausgerechnet am Tag der offenen Tür des Thüringer Landtags beantragen die Oppositionsfraktionen diese Sondersitzung mit dem Titel „Bericht zur Zukunft des Landes“.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Begründet wird dieses Ansinnen mit der Behauptung, offenkundig sei die CDU-Landesregierung nicht mehr in der Lage, drängende Probleme des Landes zu lösen, die Landesregierung sei mit ihren Vorhaben komplett gescheitert. An Übertreibung wird hier nicht gespart. Die Verhandlungen mit den Kommunen stecken in einer tiefen Krise usw.

Ich habe mich gerade angesichts dieses Tages der offenen Tür, wo Tausende von Menschen hier waren, gefragt, was haben die eigentlich wahrgenommen? Mit wem haben sie eigentlich geredet?

(Zwischenruf Abg. Kummer, Die Linkspartei.PDS: Mit vielen Menschen!)

Wenn man hier durchgegangen ist, wenn man mit den Menschen im Gespräch war - es ist wirklich eine einzigartige Leistungsschau der Regionen dieses Landes, der Generationen - von der Jugend angefangen - mit dem wirklich hervorragenden Wettbewerb, jedes Mal hier im Plenarsaal,

(Beifall bei der CDU)

der von der Leistungsfähigkeit unserer Bildung und einer hervorragenden Jugend zeugt, bis hin zu den Seniorenorganisationen, alle waren sie da. Eine komplett andere Sprache hat man da finden können, wie wir es im Übrigen Anfang nächsten Monats auch wieder erleben werden beim Thüringentag in Eisenach, da bin ich mir ganz sicher.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Frau Abgeordnete Lieberknecht, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Nothnagel?

Abgeordnete Lieberknecht, CDU:

Abgeordneter Nothnagel? Ja.

Abgeordneter Nothnagel, Die Linkspartei.PDS:

Frau Lieberknecht, Sie reden gerade so schön von dem Tag der offenen Tür. Sie haben vom Bürgermeister der Gemeinde Viernau ein Schreiben bekommen, auch im Vorfeld der Ministerpräsident. Sie sagen, Sie haben keine kritischen Stimmen bekommen.

Abgeordnete Lieberknecht, CDU:

Das habe ich doch nicht gesagt!

Abgeordneter Nothnagel, Die Linkspartei.PDS:

Sie haben einen Brief bekommen, es ging dort letztendlich um ein halbes Jahr um Solar-Kommune Viena, da ist exemplarisch dargestellt, was diese Landesregierung nicht auf die Reihe gekriegt hat. Da können Sie sich nicht hier herstellen und sagen, dass alles in Ordnung ist und es keine Probleme gibt.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ihre Frage bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordnete Lieberknecht, CDU:

Ich habe diesen Brief bekommen und er zeugt von der Tatkraft in diesem Land, von dem Engagement für Solarenergie. Das kann ich erst mal positiv werten, absolut.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das hier mit dem Tag der offenen Tür jetzt auch abbrechen und sagen, das Land präsentiert sich gerade in diesem Frühsommer 2007 in einem erstklassigen Zustand. Es schreibt hervorragende Wirtschaftszahlen. Die Arbeitslosigkeit sinkt weit stärker als sonst irgendwo in den jungen Ländern und das hat etwas mit der Politik hier in diesem Land und mit dieser Landesregierung zu tun, selbstverständlich. Die Bundesgartenschau, um auch das zu nennen, eröffnet völlig neue Perspektiven in einem Bereich, wo das vor Jahren überhaupt nicht vorstellbar war, wirklich blühende Landschaften im besten Sinne von einer Symbolkraft. Dazu kommt, man darf sich auch mal im Glück sonnen. Es ist viel und hart gearbeitet worden, aber ein Quäntchen Glück kommt auch dazu und während wir jetzt an Haushalten planen ohne Nettoneuverschuldung, wenn wir

(Glocke der Präsidentin)

Spielraum haben für Zukunftsinvestitionen, wenn wir Haushalte machen können für die Hochschulen, so wie wir sie machen, für eine hervorragende Kulturquote, für die Familien, für die Landesstraßen und vieles, vieles mehr, das werden wir aber eben am 12. Juli hier zu besprechen haben und nicht vorgezogen, dann kann ich nur sagen: Wo lebt die Opposition hier im Lande?

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Blind, taub und böswillig.)

Ja, das Leben spielt sich offensichtlich vor den Toren der Opposition hier im Hause ab, das pralle bunte Leben. Sie haben ja nun aus Zeitungen zitiert, ich hätte einen ganzen Stapel mitbringen können, der aussagt, was wirklich los ist, wo die Menschen sind, auf den Lokalseiten Wochenende für Wochenende. Egal welche Thüringer Zeitung Sie nehmen, das Land ist wirklich voll Kreativität, voll Freude, voll Feier, voll Fest, voll Genuss der neuen Freiheiten, die man hat,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, Die Linkspartei.PDS: Für wie viele Menschen ist das tatsächlich eine ausschließliche Befriedigung?)

dass man ohne Tabu die Vergangenheit bemühen kann, dass man wieder Jubiläen feiert - alles von Menschen in diesem Land, was von dieser Freiheit, von dieser Lebenseinstellung zeugt. Das können doch nicht alles nur Tänze von Galgenhumor oder vielleicht letzte Totentänze angesichts Rot-Rot oder der Tanz auf der Titanic sein. Das ist wirklich Lebensfreude in diesem Land. Seien Sie bei den Menschen, da, wo die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben gestalten. Machen Sie es wie wir, gehen Sie hin, dann werden Sie merken, was die Menschen wirklich interessiert. Dann können wir uns hier über Lobbyisten zehnmal streiten, ob wir eine drei- oder vierstufige Umweltverwaltung im Land noch länger haben, ob eine Referatsgruppe früher mal eine Abteilung war oder umgekehrt - das interessiert im Zweifelsfalle die breite Mehrheit in diesem Lande überhaupt nicht. Die wollen, dass die Gesetze da sind, dass die Gesetze eingehalten werden und sich Verwaltungsvollzug nach Recht und Gesetz vollzieht.

(Beifall bei der CDU)

Aber gerade weil Sie die Kommunalisierung angesprochen haben, die Umstrukturierung mit der Behördenstrukturreform - wissen Sie, wie lange die Diskussion um die Staatlichen Umweltämter geht? Die geht so lange, wie wir sie eingeführt haben. Das war damals der Kompromiss in der Großen Koalition und wir wussten schon

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das war 94, das war vorher.)

bei der Einrichtung, dass wir sie bei der nächstmöglichen Gelegenheit wieder abschaffen. Und dass wir in einem so kleinen Land wie Thüringen eine vierstufige Verwaltung brauchen, das kann nun wirklich überhaupt keiner erklären.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Dagegen hat ja auch keiner was.)

(Beifall bei der CDU)

Selbst in unserer Medienbegleitung wird es durchaus kritisch und mit manchem Griff an den Kopf wahrgenommen, wenn die „Ostthüringer Zeitung“ am letzten Wochenende, am Freitag, geschrieben hat, und zwar wörtlich: „Getreu dem Brauch aller Lobbyisten in Deutschland, für das Gute kann es nicht schlimm genug sein, sparen die Umweltschützer nicht mit düsteren Prognosen. Es werde gerade so getan, als sei der Freistaat exterritoriales Gebiet, in dem die Gesetze der Bundesrepublik nicht gelten.“ Also, man kann auch mal die Kirche im Dorf lassen und

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das stimmt.)

hier solide abarbeiten lassen, was beschlossen worden ist, und das wird auch. Die Bilanz heute in der „Thüringer Allgemeinen“ - wenn man bedenkt, wir sind nicht am Ende der Legislaturperiode. Uns wird immer schon gesagt, was machen wir überhaupt oder wir hätten gar nichts mehr zu tun. Da ist ganz deutlich - ein Teil ist abgearbeitet, Pfeil nach oben. Ein Pfeil ist quer - in Bearbeitung.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Da haben wir unseren Zeitplan und wissen genau, das wird abgearbeitet sein und ein paar Themen, da müssen wir noch ein bisschen stärker arbeiten. Aber auf die Bilanz am Ende kommt es an, selbstverständlich. Ich sage ja auch den Kolleginnen und Kollegen der Opposition,

(Unruhe bei der SPD)

meine Fraktion nimmt Landtagsarbeit ernst und deswegen arbeiten wir ernst.

(Unruhe bei der SPD)

(Beifall bei der CDU)

Natürlich arbeiten wir ernst an den Gesetzen, die vorgelegt werden.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich möchte Sie mal hören, wenn wir nur im Eildurchgang ...

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte Sie um Ruhe.

Abgeordnete Lieberknecht, CDU:

... ein Gesetz nach dem anderen mit kurzen Handzeichen hier abnicken und verabschieden würden, keine Anhörungen stattfinden würden, keine Fragepiegel dazu erarbeitet würden, keine Auswertungen. Ich könnte Beispiel für Beispiel aufzählen, wo wir in der parlamentarischen Debatte natürlich im engen Schulterschluss mit der Landesregierung, das ist doch klar, unsere Aufgabe, die uns die Wählerinnen und Wähler gegeben haben, ernst nehmen. Da hat es überhaupt keinen Zweck von irgendwelchen Unterstellungen zu reden, sondern wir bringen zum guten Ende, was wir angefangen haben.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man könnte jetzt viele einzelne Stichworte aufzählen. Es gibt ja von entscheidenden Dingen eigentlich nichts, was wir nicht gegen erbitterten Widerstand gegen Sie durchgesetzt hätten, nichts. Aber wenn wir es dann gemacht haben - ein paar Jahre hin oft, Erkenntnisprozesse müssen reifen -, dann ist es jeweils das Beste und Bewahrenswerte, was irgendwo in diesem Land Bestand gehabt hat. Das zählt für die Erwachsenenbildung, das zählt für die Schulen in freier Trägerschaft, das zählt für die Familienpolitik.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Was, Erwachsenenbildung?)

Gerade heute haben wir das Statistische Bundesamt mit seinen Daten. Ich sage Ihnen, der Zeitpunkt kommt auch, wo das wieder der Fall sein wird, dass Sie eines Tages für bewahrenswert halten, was einst gegen erbitterten Widerstand beschlossen worden ist.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das ist ja wohl der Hohn, so ein Quatsch.)

Das werden wir im Einzelnen dann mit den Haushaltsdebatten, die wir ab Juli hier führen, deutlich machen. Da will ich auch sagen, wann hat es das je gegeben, dass die Landesregierung sich selbst verpflichtet hat, vor der Sommerpause hier den Entwurf des Doppelhaushalts 2008/2009 vorzulegen einschließlich des Kommunalen Finanzausgleichs, einschließlich des Finanzausgleichsgesetzes, einschließlich der für die Kommunalisierung vorliegenden Gesetze, damit wir als Parlamentarier die Möglichkeit haben, in aller Sorgfalt, mit allen Anhörungen, mit allen Gesprächen, die mit Betroffenen zu führen sind, dies zu bearbeiten. Über fünf Monate werden wir dann Zeit haben für diesen Doppelhaushalt 2008/2009, der uns so wichtig ist. Deswegen halte ich es für völlig verfehlt, auch in unserem parlamentarischen Interesse, jetzt mitten in der Exekutivbefassung in der Landesregierung hier diesen Klamauk - ich sage es

noch einmal - zu veranstalten, zu einem Zeitpunkt, wo überhaupt noch nicht abschließend beraten worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben inzwischen in der Fraktion die klare Arbeitsteilung. Natürlich macht die Landesregierung das in enger Abstimmung mit uns, aber wir als Parlamentarier werden genauso in Abstimmung mit der Landesregierung natürlich fragen, unsererseits die Anhörungen machen und dann diesen Haushalt in allen Facharbeitskreisen und natürlich insgesamt beraten und zu einem Ausgleich bringen. Ich kann nur sagen, was bisher nach der Haushaltsklausur der Landesregierung bekannt geworden ist, das ist etwas, worum uns viele andere Länder beneiden können. Das kann ich auch sagen. Von daher bin ich ganz optimistisch für eine gute Zukunft. Wir sind in einer Situation, in der wir schon lange nicht mehr waren von den äußeren Rahmenbedingungen. Sicher, die Arbeit der Bundesregierung und hier nenne ich ausdrücklich - wie auch heute in der Presse zu lesen war - die Bundesregierung unter Angela Merkel und der Kompetenz, die man ihr zutraut und die Entscheidungen, die in der jetzigen Bundesregierung getroffen worden sind, aber auch die konsequente Haltung der Landesregierung, die sich nicht beirren lässt von Stimmungen und vor allem vom Kreis der Lobbyisten, die organisierte Verbandsinteressen vertreten, die nicht immer gleich dem Gemeinwohl entsprechen. Denn bei den Menschen vor Ort sieht es oft noch ganz anders aus. In diesem Sinne werden wir weiter arbeiten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Den Antrag lehnen wir natürlich ab.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Damit beende ich die Aussprache. Es ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Wir kommen direkt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD in Drucksache 4/3095. Wer ist für diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist gegen diesen Antrag, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Es gibt keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren Abgeordneten. Es war der einzige Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sondersitzung. Ich beende damit die heutige Sitzung und kündige an, dass wir morgen früh 9:00 Uhr die reguläre Plenarsitzung hier eröffnen werden. Einen an-

genehmen Abend wünsche ich.

Ende der Sitzung: 17:25 Uhr